

Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · März 2024

Bahn braucht Neustart

Interview mit Ulrich Lange

"Für ein Europa, das mehr kann"

Gastbeitrag von Patricia Lips

CDU  CSU

3

Zu Beginn
Thorsten Frei

4

Im Gespräch
Interview mit Ulrich Lange über die
Reform der Bahn

6

Gastbeitrag
Patricia Lips zur Europawahl

8

Im Fokus
Wölfe auf dem Vormarsch –
Weidetiere und Menschen schützen

10

Im Fokus
Schluss mit Analogistan: Deutschland
muss digitaler werden

12

Im Bücherregal
Was wir lesen...

14

Im Blick
Die Fraktion in Bildern

16

Zu guter Letzt
Tweet zum Führerschein

4

"Die Bahn muss komplett neu aufgestellt werden"

Interview mit Ulrich Lange über die nötige Reform



© Tobias Koch

6

Frieden und Freiheit schützen, Wohlstand sichern

Patricia Lips über die Europawahl



© Tobias Koch

8

Wölfe auf dem Vormarsch
Für eine Regulierung der Bestände



© NickyPe-Photobay

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Reformbedarf in unserem Land war wohl selten so offensichtlich wie heute. Landauf, landab klagen die Menschen darüber, was alles nicht funktioniert, was kaputt ist oder was nervt – vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum über fehlende Kinderbetreuung bis zur schleppenden Digitalisierung der Verwaltung. Während Menschen in anderen EU-Staaten ihre Behördengänge online erledigen können, müssen sie in Deutschland oft noch persönlich aufs Amt.

Besonders frustriert sind die Bürgerinnen und Bürger aber über die marode Infrastruktur – Stichwort: Bahn. Im Interview erklärt Ulrich Lange, was es braucht, um die Bahn wieder auf Vordermann zu bringen. Er fordert eine umfassende Reform, vor allem die organisatorische Trennung von Netz und Betrieb.

Aber nicht nur bei der Infrastruktur versagt die Ampel-Koalition. Es hapert auch an anderen Stellen. So lässt sie die Kommunen mit der Integration von Flüchtlingen allein. Sie kümmert sich nicht um die Schwäche der deutschen Wirtschaft, die im internationalen Vergleich immer weniger mithalten kann. Und in der Sicherheitspolitik agiert die Ampel kurzsichtig und halbherzig. Teile der Regierung, allen voran der Kanzler, haben immer noch nicht verstanden, dass sich in der Ukraine die Zukunft Europas entscheidet. Und dass es deshalb darauf ankommt, die Ukraine so zu unterstützen, dass sie den Krieg gegen den Aggressor Russland gewinnen kann.

Es ist absehbar, dass die Ampel bei der Europawahl am 9. Juni von den Wählern die Quittung bekommen wird – Wasser auf unsere Mühlen, denn CDU und CSU sind die Europaparteien. Welche Vision unsere gemeinsame Fraktion für Europa hat, beschreibt Patricia Lips in ihrem Gastbeitrag. Aus ihrer und unserer Sicht ist die Europäische Union die Garantin für Freiheit, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke. Vor allem eine europäische Verteidigungsunion würde in diesen Krisenzeiten einen echten Mehrwert bringen.

Europarecht bildet auch einen Rahmen für die Lösung eines weiteren Problems, das vielleicht nicht jeden direkt betrifft, aber doch die große Gruppe der Landwirte und Weidetierhalter, die unter dem Vormarsch der Wölfe leiden – einst eine bedrohte Art, die nun andere bedroht. Von Europa hängt es unter anderem ab, ob der Schutzstatus der Wölfe eingeschränkt wird, ob Wölfe also künftig bejagt werden können. Die CDU/CSU-Fraktion tritt ein für ein aktives Wolfsmanagement – und zwar nicht erst, wenn die Rudel zur Bedrohung geworden sind, sondern schon vorher.

Viel Freude beim Lesen!

Ihr

Thorsten Frei



© Tobias Koch

Thorsten Frei
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

"Die Bahn muss komplett neu aufgestellt werden"

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Ulrich Lange, fordert die Trennung von Schienennetz und Zugbetrieb

Die Bahn kommt aus den negativen Schlagzeilen nicht heraus. Die Deutsche Bahn ist absolute Spitze, wenn es um die Unzufriedenheit bei Reisenden geht. Die Gründe kennt jeder: Verspätung und Zugausfälle, schlechtes WLAN und mangelhafter Service, abgehängte Bahnhöfe und eine marode Infrastruktur. Jede Fahrt ist ein kleines Abenteuer. Dabei steht die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel für die Mobilität der Zukunft. Wie das Unternehmen reformiert werden kann, dazu der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Lange.

Herr Lange, die Performance der Bahn wird immer schlechter. 2023 waren nur noch knapp über 50 Prozent der Züge pünktlich. Woran liegt das?

Lange: In der Tat ist von den 80 Prozent Pünktlichkeit, die während unserer Regierungszeit stabil erreicht wurden, inzwischen nichts mehr übrig. Im November wurde ein neuer Tiefpunkt erreicht, denn nur jeder zweite Zug rollte pünktlich zum Bahnsteig. Die vielen Zugausfälle sind völlig inakzeptabel.

Eine Ursache für die miserable Performance der Bahn ist, dass die Schiene seit Amtsantritt von Verkehrsminister Wissing stark vernachlässigt wurde, obwohl es die Ampel ganz anders angekündigt hatte. Sie investiert viel zu wenig in den Erhalt und den Ausbau des Netzes. Gerade erst hat sie die Mittel gekürzt – was natürlich daran liegt, dass der Ampel das Geld fehlt, nachdem ihre Haushaltstricks in Karlsruhe aufgefliegen sind.

Von den üppigen Investitionen aus unserer Regierungszeit ist jedenfalls nichts mehr übrig. Hinzu kommt, dass Verkehrsminister Wissing den Bahnvorstand schalten und walten lässt, wie es diesem beliebt. Anstatt den Vorstand an die kurze Leine zu nehmen und von ihm bessere Leistungen einzufordern, gewährt Wissing ihm zumindest für 2022 auch noch satte Boni. Kurzum: Bei der Bahn läuft alles total schief. Das muss ein Ende haben.

Welche Reformen braucht die Bahn?

Lange: Die Deutsche Bahn muss komplett neu aufgestellt

werden. Es muss eine Trennung von Infrastruktur und Verkehrsbereich her. Wir wollen, dass der Bund die Verantwortung für das Schienennetz bekommt und künftig darüber entscheiden kann, welche Strecken gebaut oder saniert werden. Nur wenn der Bund hier das Sagen hat, können wir das Schienennetz mittel- und langfristig auf Vordermann bringen. Die Deutsche Bahn sollte – gemeinsam mit ihren Mitbewerbern – künftig nur noch für den Verkehr auf der Schiene zuständig sein. Damit hat sie genug zu tun.

Zum 1. Januar hat die Bahn bereits eine Strukturreform vollzogen. Reicht das nicht aus?

Lange: Nein, denn mit dieser Scheinreform lässt Verkehrsminister Wissing im Grunde alles beim Alten. Aus 750 werden jetzt 749 Gesellschaften unter dem Dach des bisherigen DB-Konzerns.

Die Konsequenz ist, dass der Bahnvorstand weiterhin tun und lassen kann, was er will. Anstatt sich auf die Hinterbeine zu stellen und sich um Verbesserungen zu bemühen, gaukelt er sein Engagement nur vor. Die angeblichen Generalsanierungen von 40 wichtigen Schienenstrecken bis 2030 sind das beste Beispiel dafür.

Um den schönen Schein zu wahren, doktert die Bahn ein bisschen an Schienen und Weichen herum. Dass eine

echte Generalsanierung fehlt, zeigt sich am Beispiel von Brücken oder Tunneln, die als planfeststellungsbedürftige Vorhaben bei den Sanierungsarbeiten außen vor bleiben. In ein paar Jahren muss man wieder von vorne anfangen und Fahrgästen erneut massive Einschränkungen zumuten.

Das alles zeigt, dass es an der Zeit ist, bei den Strukturen Tabula rasa zu machen. Wir dürfen den Bahnvorstand in der jetzigen Form nicht weiter gewähren lassen. Wohin die bisherigen Strukturen führen, sehen wir ja aktuell. Die Performance der Bahn war nie schlechter. So wird mancher ICE zum Bummelzug.

Wie teuer werden „echte“ Reformen und wo soll das Geld herkommen?

Lange: Die grundlegende Bahnreform, so wie wir sie vorschlagen, würde zunächst keine großen Kosten ver-

»Den Vorstand an die kurze Leine nehmen«



Ulrich Lange Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ursachen. Im ersten Schritt würde es ja nur um eine Änderung der Strukturen gehen: Die Schieneninfrastruktur würde in eine bundeseigene GmbH überführt.

In einem zweiten Schritt ginge es dann darum, wie die Schienenprojekte finanziert werden. Wir wollen, dass das möglichst transparent und nachvollziehbar passiert. Deshalb sollte das Geld für sämtliche Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen hauptsächlich aus dem Bundeshaushalt kommen. Die Bundesmittel können ergänzt werden durch die Einnahmen aus den Trassenentgelten, die die Verkehrsunternehmen für die Nutzung der Schienen bezahlen.

Bislang haben wir nur über den Personenverkehr gesprochen. Wie muss der Güterverkehr künftig aufgestellt sein?

Lange: Auch wir wollen mehr Güterverkehr auf die Schiene bekommen. Denn es ist durchaus sinnvoll, unsere Straßen vom Güterverkehr zu entlasten. Aktuell sehen wir ja, dass sich Güterzüge und Personenzüge auf vielbefahrenen Schienenstrecken häufig gegenseitig ausbremsen, da die Strecken verstopft sind und es keine Ausweichmöglich-

keiten gibt. Dort kommt es dann zum Stau.

Da Personenzüge in der Praxis oft den Vorrang bekommen, entstehen für die Güterzüge teilweise erhebliche Wartezeiten. Die Lieferungen der Güter verzögern sich entsprechend. Die Voraussetzungen für den Güterverkehr müssen weiter verbessert werden. Hierfür könnten wir uns vorstellen, ein Hub-System in der Fläche einzurichten, also Sammelpunkte an verschiedenen Orten. Dort würden die Ladungen auf Waggonen oder Lkw verteilt – je nachdem, auf welche Weise die Waren am schnellsten zum Zielort gebracht werden können. Denn: Ohne höhere Kapazitäten im Schienennetz bekommen wir die Herausforderungen nicht in den Griff.

Verkehrsminister Wissing hat es bisher versäumt, diese zusätzlichen Kapazitäten zu schaffen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ihm das gelingen wird, auch weil die Ampel gerade die Mittel für den Schienenausbau massiv eingedampft hat. Deshalb wird die Koalition ihr Ziel, den Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene von 19,8 Prozent im Jahr 2022 auf 25 Prozent bis 2030 zu steigern, krachend verfehlen.

Für ein Europa, das mehr kann

Europawahl 2024: Die EU als Garantin für Freiheit, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke

Von Patricia Lips

Bei der Europawahl Anfang Juni steht viel auf dem Spiel. Mit ihrer Stimme stellen die Bürgerinnen und Bürger die Weichen dafür, wohin die Europäische Union sich in den nächsten fünf Jahren entwickelt. Sie entscheiden, in welchem Europa wir leben werden. Wollen wir weiterhin Frieden und Freiheit? Wollen wir Wachstum und Wohlstand? Ja – selbstverständlich! Deshalb dürfen wir nicht die Ideologen und Rechtspopulisten bestimmen lassen, wohin die Reise geht.

Die CDU/CSU-Fraktion ist seit jeher die entschieden proeuropäische Kraft im Deutschen Bundestag. Bei allen notwendigen Reformen: Mehr denn je brauchen wir die EU als Garantin für Freiheit, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke. Nur mit ihr wird es uns gelingen, die immensen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Ich denke dabei an den andauernden Angriffskrieg in der Ukraine, den Systemwettbewerb mit Ländern wie China oder die wirtschaftliche Konkurrenz mit Industrie- und Schwellenländern, aber auch an Herausforderungen wie den Klimawandel oder die irreguläre Migration.

Wenn sich die EU in den kommenden Jahren in einer härter und unübersichtlich gewordenen Welt erfolgreich behaupten soll, brauchen wir eine starke bürgerliche Mitte im Europäischen Parlament. Wir brauchen die Europäische Volkspartei (EVP), zu der CDU und CSU gehören, als bestimmende Kraft an der Spitze. Für eine Politik der Vernunft. Für ein sicheres, stabiles und handlungsfähiges Europa: ein Europa, das mehr kann.

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, für Frieden, Freiheit und Sicherheit auf unserem Kontinent zu sorgen. Seit ihrer Gründung war dies das Kernanliegen der EU. Dass dies alles andere als selbstverständlich ist, führt uns nicht zuletzt der seit über zwei Jahren anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine drastisch vor Augen. Dieser ist auch ein Angriff auf unsere Freiheit, unsere Werte, unsere Sicherheit sowie unseren Wohlstand.

Niemand sollte der Illusion erliegen, dass Russland an den Grenzen der Ukraine haltmachen würde. Einen dau-

erhaften Frieden in Europa kann es nicht geben, solange das Regime in Moskau seine imperialen Ziele weiterverfolgt.

Deshalb liegt die Unterstützung der Ukraine in unserem ureigenen Interesse. Wir müssen das uns Mögliche tun, damit sie diesen Krieg gewinnt. Unsere Botschaft an den Kreml muss lauten: Die EU steht mit unverminderter Solidarität an der Seite Kiews. Die Zukunft der Ukraine liegt in der EU.

Leider ist der Krieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft nicht der einzige Konflikt, der uns Sorgen bereitet. Seit dem brutalen Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 gleicht der Nahe Osten mehr und mehr einem Pulverfass. Höchste Zeit also, dass die EU in Sachen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirkungsmächtiger wird, indem sie ihre Reihen besser als bisher schließt und mit einer Stimme spricht. Nur so wird es gelingen, Europa als geopolitischen Akteur zu stärken und für mehr Sicherheit zu sorgen.

Einen sicherheitspolitischen Mehrwert würde vor allem eine echte europäische Verteidigungsunion bringen. Auf diese Weise würden wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und auch eine fairere Lastenteilung im transatlantischen Bündnis ermöglichen.

Konkret brauchen wir eine engere Verzahnung der Streitkräfte der europäischen Staaten und eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungspolitik. Im Sinne eines europäischen Binnenmarktes für Rüstungsgüter ist eine gemeinsame Entwicklung und Beschaffung notwendig, um Fähigkeitslücken – etwa bei Luftverteidigung, Lufttransport, Aufklärung, Cyber- und Weltraumtechnologien – zu schließen und Anschaffungskosten zu senken. Erforderlich ist zudem eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Europa. Damit diese ihre Güter auch leichter in verlässliche Drittstaaten liefern kann, braucht es zudem gemeinsame Exportregeln.

Dass die EU bislang nicht als starker Player in der



Patricia Lips
Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion

© Tobias Koch



Welt wahrgenommen wird, liegt nicht zuletzt daran, dass ihre Mitglieder in außen- und sicherheitspolitischen Fragen oft nicht geschlossen auftreten. Das Veto eines einzelnen Staates kann die gesamte Union lahmlegen. Damit die Kakophonie endet, müssen bestimmte Richtungsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – wie beispielsweise bei der Verhängung von Sanktionen – endlich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können.

Die nicht minder wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre besteht darin, unseren Wohlstand zu sichern. Eine starke Wirtschaft ist Voraussetzung für ein starkes Europa

und damit auch für ein starkes Deutschland. Dafür müssen wir mit einer neuen Strategie unsere Wettbewerbsfähigkeit

und Innovationskraft steigern. Unternehmerisches Handeln muss erleichtert werden, indem wir die Rahmenbedingungen für Industrie und Mittelstand verbessern. Zu der notwendigen neuen Strategie gehören fünf Punkte, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits im vergangenen Jahr in ihrem europapolitischen Leitbildpapier definiert hat:

Erstens sollte der Binnenmarkt vertieft werden. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen ist einer der Grundpfeiler der EU und einer ihrer größten Erfolge. Er ist das, was unseren Wirtschaftsraum

mit rund 450 Millionen Menschen zusammenhält.

Zweitens brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ermöglicht sowie gleichzeitig – in erster Linie mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie dem Emissionshandel – das Ziel der Klimaneutralität verfolgt. Die Devise muss lauten: Anreize statt Zwang und Verbote. Damit wir perspektivisch möglichst weitgehend auf fossile Energien verzichten können, müssen wir außerdem unseren Forschergeist in Europa stärken und offen sein für neue Technologien.

Drittens wollen wir unsere Handelspolitik stärker an strategischen Interessen ausrichten, um den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten zu fördern und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. In wichtigen Bereichen müssen wir zugleich aber Abhängigkeiten reduzieren. Das hat uns nicht zuletzt die Corona-Pandemie gelehrt.

Viertens treten wir für weniger Bürokratie und weniger Regulierung ein. Trotz aller Bekundungen ist viel zu häufig noch das Gegenteil der Fall und Vertrauen schwindet. Die Belastungen, insbesondere für den Mittelstand, müssen endlich konkret, spürbar und nachhaltig gesenkt werden.

Und fünftens brauchen wir mehr Fokus auf Forschung und Innovation. Wir müssen verstärkt in Schlüsseltechnologien investieren und vor allem in Sachen Digitalisierung für einen echten Quantensprung sorgen – für mehr technologische Souveränität Europas.

Um all das und mehr geht es bei der Europawahl am 9. Juni. Wir wollen eine starke EU, die ihre Kernversprechen hält: für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Weniger Bürokratie – mehr Forschung und Innovation



© Keyquest Pixabay

Wölfe auf dem Vormarsch

CDU/CSU-Fraktion will Bestände regulieren – Weidetiere und Menschen vor Übergriffen schützen

Es ist leider kein Märchen: Wölfe breiten sich in Europa rasant aus. Dabei sind sie mitnichten harmlos. Wölfe reißen nicht nur Wildtiere, sie töten oder verletzen auch Nutztiere wie Schafe, Rinder, Pferde und Ziegen. Sie verlieren ihre Scheu vor Menschen. Daher mehren sich die Rufe, den Schutz des Wolfes einzuschränken. Während die grüne Umweltministerin sich windet, tritt die CDU/CSU-Fraktion für eine Bejagung des Wolfes ein – und zwar aus Gründen des Tierschutzes.

150 Jahre lang galt der Wolf in Deutschland als ausgerottet. Inzwischen streunen nach Schätzungen des Bauernverbandes zwischen 1.500 und 2.700 Wölfe durch Deutschland. Nach Auskunft der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf lebt der Großteil der Wölfe in Brandenburg, gefolgt von Niedersachsen und Sachsen. Aber auch in den meisten anderen Bundesländern wurden Wolfsterritorien nachgewiesen.

Das Problem: Wölfe haben keine natürlichen Feinde. Und sie stehen unter Naturschutz – zum einen unter dem Schutz der Berner Konvention, einer Vereinbarung aller europäischen Länder aus dem Jahre 1979, zum anderen unter dem Schutz der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU. Diese stellt – wie auch das Bundesnaturschutzgesetz

– den Wolf unter einen besonders hohen Schutz.

Doch nun müssen andere Tiere vor dem Wolf geschützt werden. Wölfe bedrohen die berufliche Existenz vieler Weidetierhalter und Bauern, weil sie das Vieh reißen. „Wölfe fressen kein Gras“, prangert die Interessengemeinschaft Weidetierhalter Deutschland auf ihrer Website an. Von der Politik fühlen sich Weidetierhalter im Stich gelassen. Ausgleichszahlungen federn ihre finanziellen Einbußen kaum ab.

Die Zahl der Wolfsübergriffe erhöhte sich 2023 deutlich. Mehr als 4.000 Nutztiere wurden getötet oder schwer verletzt. Gegen die Übergriffe helfen Weidezäune nur wenig, denn Wölfe überwinden Barrieren von zwei Metern Höhe oft mühelos und sie sind lernfähig. Ein „Abschotten“ mit immer höheren Zäunen ist laut Bauernverband nicht zielführend. Gleichzeitig zerteilen die Schutz- zäune unsere Kulturlandschaften. Und: Schafe, die auf Almen und Deichen grasen, sind den Wölfen oft schutzlos ausgeliefert. Denn beide können nicht in vollem Umfang eingezäunt werden.

Der Handlungsdruck ist groß. Die Unionsfraktion fordert in ihren Anträgen für den Bundestag aus den Jahren 2022 und 2023 ein „aktives Bestandsmanagement“. Das

bedeutet eine Begrenzung der absoluten Zahl der Wölfe. Denn vom Aussterben bedroht ist ihre Art nicht mehr. Im Gegenteil: Die Vermehrungsquote liegt bei 30 Prozent. Experten sprechen längst von einem „günstigen Erhaltungszustand des Wolfes“.

Die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Anja Weisgerber, fordert von Bundesumweltministerin Steffi Lemke daher, „mit der romantischen Verklärung des Wolfes endlich aufzuhören“. Von der Bundesregierung erwartet die CDU/CSU-Fraktion, dass sie

rechtliche Möglichkeiten ausschöpft, die schon jetzt eine Aufweichung der Schutzregelungen erlauben. Umweltministerin Lemke müsse sich endlich der Realität stellen, mahnt Weisgerber. „Die leichtere Bejagung von Problemwölfen reicht nicht.“ Es brauche eine „schadensunabhängige Bejagung“, um die Bestände zu dezimieren.

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steffen Bilger vermisst bei der Koalition den Präventionsgedanken. „Ohne ein Bestandsmanagement, das ansetzt, bevor Wolfsübergriffe überhaupt erst passieren, wird sich die Situation der Weidetierhalter weiter verschlechtern.“ Für ein Bestandsmanagement spricht sich auch der CDU-Agrarpolitiker und Berichterstatter für das Thema, Hans-Jürgen Thies, aus. Denn: „Es gibt keine friedliche Koexistenz zwischen Weidetierhaltung und Wölfen.“

Die EU-Kommission hat die Gefahr erkannt und will die Schutzregeln lockern: von „streng geschützt“ auf „geschützt“. Damit könnte die Zahl der Wölfe einfacher begrenzt werden, solange ihr Bestand als Population nicht gefährdet ist. Das sei „ein erster wichtiger Schritt hin zu einer Kontrolle der Wolfsbestände in Europa“, sagt Weisgerber. Die CDU/CSU-Fraktion will aber dem Antrag zufolge mehr, nämlich „den Wolf als jagdbares Wild“ in das Jagdgesetz aufnehmen – im Rahmen eines aktiven Bestandsmanagements.

Der CDU-Politiker Henning Otte, Fachsprecher der Fraktion für den ländlichen Raum, fordert die EU-Kommission auf, den Druck auf Deutschland zu erhöhen, damit die Regierung endlich handelt. So könne die Bundesregierung für die Wolfspopulation in Niedersachsen und dem westlichen Schleswig-Holstein sofort den günstigen Erhaltungszustand nach Brüssel melden. „Das geben die aktuellen Zahlen eindeutig her“, sagt Otte. Damit könnte die Ampel unter Beweis stellen, dass sie ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag, nämlich die eines „regional differenzierten Bestandsmanagements“, ernst meine.

Die Umweltminister von Bund und Ländern bleiben hinter den Forderungen der Union zurück. Im Dezember verständigten sie sich darauf, dass „Problemwölfe“, die Schutz- zäune überwunden und Tiere gerissen haben, künftig schneller als bisher getötet werden können. Konkret

heißt das: Bis zu 21 Tagen nach einem Riss kann auf Wölfe geschossen werden, die sich im Umkreis von einem Kilometer um den „Tatort“ herum aufhalten. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung ist eine DNA-Analyse des Wolfes für die Abschussgenehmigung nicht mehr vonnöten.

Thies hält den Vorschlag für Stückwerk und weit entfernt von der Lösung des Problems. Beispielsweise werde nicht in Betracht gezogen, dass der Weidetierhalter nach dem Übergriff mit seiner Herde weiterziehe. Werde am neuen Standort wieder ein Tier gerissen, beginne das Procedere von Neuem.

Außerdem macht Thies auf eine bislang wenig beachtete Gefahr aufmerksam: Auch ein Zaun schützt nicht davor, dass Rinderherden oder Pferde

in Panik geraten, wenn Wölfe um ihre Weide herumstreichen. Kein Zaun hält der Wucht einer Herde stand, wenn Schwergewichte wie Rinder in Panik versetzt werden und ausbrechen. Geschieht das in der Nähe von Bahntrassen oder Autobahnen, ist eine Gefährdung des Bahn- und Straßenverkehrs nicht mehr auszuschließen – womit auch Menschen bedroht sind.



© Gregor Wotani Pixabay

Schluss mit Analogistan: Deutschland muss digitaler werden

Der Frust der Bürger mit den digitalen Behördendiensten ist groß



Wer in Estland oder Dänemark Behördengänge vor sich hat, kann das mit wenigen Klicks online erledigen. In Deutschland müssen Bürgerinnen und Bürger oft noch persönlich im Amt erscheinen, mit den Unterlagen in der Hand. Auf dem Weg der Digitalisierung hinkt Deutschland also gewaltig hinterher – vor allem in Sachen Verwaltung. Das muss sich ändern.

Wie ernst die Lage ist, weiß der Normenkontrollrat, der der Bundesregierung ein miserables Zeugnis ausstellt. In seinem Jahresbericht 2023 schreibt er: „Die Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland kommt viel zu langsam voran und liegt abgeschlagen hinter den meisten europäischen Staaten.“ Der Ampel fehle es „an Vision, an Ambition und dem politischen Willen, in großen Schritten und mit weniger Rücksicht auf föderale und ressortegoistische Befindlichkeiten voranzugehen“.

Mit einer Grundgesetzänderung, dem Onlinezugangsgesetz, Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern und einer ordentlichen Finanzspritze wurden in den vergangenen Legislaturperioden die Grundlagen geschaffen, um 575 einzelne Verwaltungsangebote von Bund, Ländern

und Kommunen online verfügbar zu machen. Allerdings ist erst ein Viertel der Maßnahmen umgesetzt worden. Grund genug, Maßnahmen zu ergreifen, die den Digitalisierungsprozess beschleunigen. Doch trotz vollmundiger Versprechen hat die Ampel-Regierung wenig erreicht.

Miserables Zeugnis vom Normenkontrollrat

„Der Bund muss dringend den Prozess durch Standards und Fristen beschleunigen, Gesetze digitaltauglich gestalten, Bürokratie und Schriftformerfordernisse abbauen“, schlägt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön, vor. „Besonders frustrierend ist, dass die Daten zwischen den Behörden noch immer zu wenig ausgetauscht werden können, weil die Ampel die Registermodernisierung über zwei Jahre lang liegen gelassen hat.“ Im Zweifel werde immer mit dem Datenschutz argumentiert, dabei seien sichere Lösungen entwickelt worden.

Jetzt kommen auch noch drastische Kürzungen der Mittel dazu. Von einst über 400 Millionen Euro bleiben im Haushalt 2024 nur noch drei Millionen Euro für die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung übrig.

Dabei ist Digitalisierung „kein nettes Extra“, sondern

Gegen Hass und Hetze im Netz

Gesetz der Ampel greift zu kurz

Hass und Hetze, Desinformation und digitale Gewalt – das Netz ist voll davon. Die Europäische Union will diesem Unwesen Einhalt gebieten, doch die Koalition lässt sich Zeit mit der Umsetzung des EU-Gesetzes. Ihr Gesetzesvorschlag ist darüber hinaus lückenhaft, wie der digitalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Reinhard Brandl, moniert.

Welche leidvollen Erfahrungen Unionsabgeordnete mit Hate-Speech gemacht haben, darüber berichten sie auf Instagram. Eine solche Botschaft, die sie fassungslos zurücklässt, liest Anne König vor: „Ihr Politiker seid alle Volksverräter und gehört an die Wand gestellt.“ Auch Jens Spahn bekommt ähnliche Posts: „Du Hurensohn! Im Mittelalter hätte man Dich längst gehängt. Dir sollte man die Fresse einhauen.“ Spahn fragt sich: „Würde der Absender mir das auch direkt ins Gesicht sagen?“

Auch vor dem Amt der Bundestagsvizepräsidentin machen diejenigen nicht halt, die andere beleidigen und verunglimpfen wollen. So musste sich Yvonne Magwas mit dem Kommentar auseinandersetzen: „Da irrt diese bemerkenswert dumme Vizepräsidentin ganz gewaltig.“ Sie sagt: „Das ist ein eindeutiger Fall für eine Strafanzeige.“

Fraktionsvize Sepp Müller, der im Netz schon mal als „Ossi-Depp“ abgekanzelt wird, nimmt es sportlich und empfiehlt den Hetzern, sich auch mal mit der Grammatik ihrer Sätze zu beschäftigen. Wenn der ein oder andere dann noch Inhalte beisteuern würde, um gemeinsam unser Land besser zu machen, wäre schon viel gewonnen. „Dann bist Du auf meiner Social-Media-Seite richtig“, sagt Müller.

Damit Menschen sich gegen Hass und Verleumdung wehren können, hat die EU den Digital Services Act verabschiedet, der in jedem Mitgliedsland ab dem 17. Februar

2024 gültig ist. Doch zur Umsetzung braucht es in Deutschland auf nationaler Ebene ein Gesetz. Die Ampel konnte aufgrund eines fast ein Jahr andauernden internen Streits dieses Digitale-Dienste-Gesetz erst Mitte Januar in den Bundestag einbringen – zu spät, um rechtzeitig in Kraft zu treten.

Außerdem greift das Digitale-Dienste-Gesetz längst nicht in allen Fällen, in denen Menschen mit Hass und Hämie im Netz verfolgt werden. Catarina dos Santos-Wintz weist darauf hin, dass laut Entwurf nur solche Posts als Straftaten gewertet werden können, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit einer Person darstellen. Aber auch unterhalb dieser Schwelle können Hass und Hetze dazu führen, dass Menschen sich aus dem öffentlichen Diskurs zurückziehen. Solche Posts müssten ebenfalls dem Provider gemeldet werden, fordert dos Santos-Wintz, denn sie „vergiften das gesellschaftliche Zusammenleben und schaden der Demokratie“.

Brandl kritisiert, dass das Gesetz viel zu umständlich ist. So würden gleich fünf Behörden genannt, die für die Einhaltung der Regeln zuständig sein sollen: die Bundesnetzagentur, das Bundeskriminalamt, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, die Landesmedienanstalten und die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz. Zudem ist die EU-Kommission für die großen Internetplattformen zuständig. „Da blickt am Ende keiner mehr durch“, befürchtet er.

Instagram-Video der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Erfahrungen mit Hate-Speech



„ein Muss“, wenn Deutschland sich im globalen Wettbewerb behaupten will. Es geht um Transformation, Wachstum und Arbeitsplätze hierzulande. Nadine Schön fordert von der Ampel einen „Masterplan“ zur Modernisierung von Staat und Verwaltung – auch mithilfe neuer Technologien wie der Künstlichen Intelligenz.

Der Normenkontrollrat hat es vor kurzem vorgezeichnet: Unternehmen, Behörden und Bürger sind durch neue Gesetze so hoch belastet wie nie zuvor. Um rund neun Milliarden auf etwa 24 Milliarden Euro pro Jahr sind

Masterplan zur Modernisierung gefordert

die Kosten der Mehrbelastungen gestiegen. Als größter Kostentreiber gilt das Gebäudeenergiegesetz. Nur wenn Antrags-, Melde- und Genehmigungsverfahren digitalisiert sind und der Datenaustausch klappt, halten sich Aufwand und Ertrag einigermaßen die Waage.

Auch beim Netzausbau geht es zu langsam voran. Zwar konnten Fortschritte im Mobilfunk- und Glasfaserausbau erzielt werden, aber die Netzqualität ist vielerorts immer noch schlecht, die Funklöcher sind immer noch zahlreich. Straßen werden immer noch mehrmals aufgerissen und Glasfaserkabel verschiedener Anbieter nebenein-

ander verlegt. Ein solcher Wettbewerb ist nicht zielführend. Im Gegenteil: Er belastet die Bürgerinnen und Bürger. Spötter bezeichnen Deutschland als „Analogistan“.

Reinhard Brandl, der digitalpolitische Sprecher der Fraktion, spricht mit Blick auf die Digitalisierung gar von einem „Stillstand“. Die Ampel-Jahre müssten schon jetzt als „verlorene Jahre“ angesehen werden, sagt er. „Wir haben es mit einem strukturellen Problem in der Bundesregierung zu tun, daran ändert auch die Digitalstrategie nichts.“

Digitalminister Volker Wissing habe keine Durchsetzungskraft und kein Budget, um die Digitalisierung in Deutschland zu steuern und voranzutreiben. Von den 334 Vorhaben der Digitalstrategie sind nach zwei Jahren gerade mal 18 Prozent abgearbeitet. „Es gibt aus der Ampel-Regierung heraus zu wenig Impulse bei zentralen Themen wie Digitale Identitäten, Datennutzung oder Künstliche Intelligenz“, bedauert Brandl. Sich allein auf den Projekten der CDU/CSU-Vorgängerregierung auszuruhen, sei indes keine gestalterische Politik.

In ihrem Antrag „Digitalstrategie zur Chefsache machen“ fordert die CDU/CSU-Fraktion von der Ampel daher mehr Tempo und Ambition bei der Digitalisierung. Ihre konkreten Vorschläge, wie Deutschland digitaler werden könnte, finden Sie hier:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/093/2009317.pdf>

Was wir lesen...

Bücher lassen uns den Alltag vergessen. In den Stunden, in denen wir lesen, tauchen wir ein in eine andere Welt – eine fremde, eine märchenhafte, eine inspirierende. Begeisterte Leser sind fast immer auf der Suche nach einem guten Tipp, nach einem Buch, das fasziniert, das sie verführt, alles andere stehen und liegen zu lassen. Vier Abgeordnete empfehlen uns ihre Lektüre:

Petra Nicolaisen
aus Wanderup

Zuhause ist nicht immer ein Ort - oder?

Als Realist würde sich wohl jeder Leser dieses Magazins begreifen. Manchmal allerdings – gerade im Trubel unseres Alltags – kann es wohltuend sein, sich mit seinen Idealen zu beschäftigen. Ideale können gar eine innere Heimat stiften. Charlie Mackesy hat hierzu einen pointierten Wegweiser zu Papier gebracht – anhand einer auf den ersten Blick für Kinder geschriebenen Geschichte.

Die liebevoll gezeichneten Protagonisten – Junge, Maulwurf, Fuchs und Pferd – sind altklug und weise zugleich. In ihren Gesprächen geben sie einander Unterstützung und Kraft. Beispielsweise klagt der schweigsame Fuchs seinen neuen Freunden: „Wenn ich ehrlich bin, denke ich oft, dass ich nichts Interessantes zu sagen habe.“ Das Pferd entgegnet: „Ehrlichkeit ist immer interessant.“ Vielleicht sollten wir das Quartett mal in eine Gremiensitzung einladen! Schmunzeln ist erlaubt.



Mackesy, Charlie, "Der Junge, der Maulwurf, der Fuchs und das Pferd", List Verlag

Martin Plum
aus Viersen

Vom politischen Karneval im Rheinland

Am Karneval scheiden sich bekanntlich die Geister: für die einen ein Grund zu feiern, für die anderen ein Anlass zu verreisen.

Allen aber empfehle ich den historischen Roman „Der elfte Mond“ meines wissenschaftlichen Mitarbeiters Martin Otto Braun, der den politischen Ideen und Symbolen des rheinischen Karnevals um das Jahr 1823 nachgeht. Ausgangspunkt seiner Geschichte sind wahre Begebenheiten rund um die „Berittene Akademie der Künste und Wissenschaften zu Dülken“, deren Mitglied ich bin – wie eine Urkunde in meinem Berliner Büro dokumentiert.

Während durch Köln – von den Preußen miss-trauisch beäugt – der erste Rosenmontagszug zieht, verändert in meiner niederrheinischen Heimat Dülken das Geheimnis einer uralten Akademie von Narren das Leben eines jungen Privatlehrers und seines Zöglings, eines gewissen Gustav von Mevissen. Dieser wird 1848 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung und setzt sich für die Pressefreiheit und die Gleichstellung der Juden in Preußen ein.

Der Roman ist spannend geschrieben. Vor allem aber hat er mir einen völlig neuen Blick auf den Karneval in meiner Heimat geschenkt.



Braun, Martin Otto, "Der elfte Mond", Eigenverlag/Amazon Kindle Direct Publishing

Kerstin Radomski
aus Krefeld

Die Wahrheit liegt oft in unserer Mitte

Zu Zeiten, in denen Landwirte aus Protest auf die Straße gehen, liest sich "Zwischen Welten" wie eine Prophezeiung. Der Roman ist ein Schlagabtausch zweier Freunde, die sich räumlich und ideell voneinander entfernt haben und den Kontakt via Chat wieder aufnehmen. Sie, Landwirtin vom Dorf, mistet den Stall aus – er, Redakteur aus der Großstadt, schreibt engagierte Texte für den Klimaschutz.

In ihrem Roman beschreiben Juli Zeh und Simon Urban, wie aus Lebensentwürfen Haltungen und schließlich ganze Meinungswelten werden. Der Stil des Chatverlaufs ist schnörkellos und nah an den Sprechgewohnheiten der Menschen, was „Zwischen Welten“ trotz seiner 448 Seiten angenehm lesbar macht. Dass der Roman so zugänglich ist, ist seine größte Stärke. Ich habe „Zwischen Welten“ von einem ehemaligen Fraktionskollegen bekommen und ich möchte ihn jedem empfehlen. Der Roman ist ein Plädoyer für eine lebendige Gesprächskultur und zeigt, dass man die Wahrheit eher dort findet, wo man aufeinander zugeht: in unserer Mitte.

Zeh, Juli/Urban, Simon, "Zwischen Welten", Luchterhand



Florian Oßner
aus Velden im Landkreis Landshut

Zeitgeschichte – spannend wie ein Krimi

Ein wirklicher Geheimtipp für jeden Geschichts- und Politikinteressierten sind die Aufzeichnungen meines Vor-Vorgängers als Wahlkreisabgeordneter für die Region Landshut-Kelheim, „Fritz“ (Friedrich) Zimmermann. Zimmermann war einst CSU-Generalsekretär, rechte Hand von Franz-Josef Strauß, CSU-Landesgruppenvorsitzender und dann in den 1980er Jahren Bundesinnen- und Bundesverkehrsminister. Zimmermann war nicht unumstritten.

Seine Memoiren sind jedoch außergewöhnlich. Sie sind packend geschilderte Zeitgeschichte, die sich spannender lesen als ein Krimi: von den innenpolitischen Krisen mit der RAF bis zu den Kanzlerkandidaturen Helmut Kohls und Franz-Josef Strauß. Ein Highlight sind die brillant dargestellten Charaktere der damaligen politischen Protagonisten – aus sehr persönlicher Warte. Trotz des zeitlichen Abstands fühlt man sich oft an heute erinnert. Zudem: Bei keinem politischen Sach- oder Geschichtsbuch musste ich so oft schmunzeln, ja sogar lauthals lachen. Eine literarische Bereicherung mit ausdrucksstarken Bildern von damaligen Spitzentreffen.

Zimmermann, Friedrich, "Kabinettstücke: Politik mit Strauß und Kohl", Ullstein-Verlag



Die Fraktion in Bildern

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Was die CDU/CSU-Fraktion darüber hinaus bewegt hat, sehen Sie hier:

Deutschland nimmt Abschied von Wolfgang Schäuble

Bei einem Staatsakt im Bundestag am 22. Januar 2024 verneigten sich ranghohe Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft vor dem großen deutschen Staatsmann und leidenschaftlichen Parlamentarier Wolfgang Schäuble. Er war am zweiten Weihnachtstag im Alter von 81 Jahren gestorben. An den bewegenden Feierlichkeiten nahm auch der französische Präsident Emmanuel Macron teil, der Schäuble als großen Europäer bezeichnete: „Deutschland hat einen Staatsmann verloren. Europa hat eine Säule verloren. Frankreich hat einen Freund verloren.“



© Tobias Koch



Fraktion hat offenes Ohr für Unternehmerinnen und Unternehmer

Deutschland braucht eine verlässliche, planbare und ideologiefreie Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit setzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat konkrete Ideen und Vorschläge, wie der Standort Deutschland gestärkt werden kann. Gemeinsam mit rund 500 Unternehmerinnen und Unternehmern aus ganz Deutschland hat die Fraktion am 1. Februar 2024 über die aktuelle Wirtschaftslage diskutiert und Forderungen für eine echte Wirtschaftswende aufgestellt.

© Tobias Koch

Wertschöpfung in Kreisläufen

Kreislaufwirtschaft hat viele Vorteile: Auf diese Weise kann die Wirtschaft ihre Abhängigkeit von Rohstoffimporten senken und kostengünstiger produzieren. Politik und Gesellschaft können ambitionierte Nachhaltigkeits-, Klima- und Umweltziele leichter erreichen. Beim Kongress zur Circular Economy am 12. März 2024 konnten Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Ideen und Innovationen präsentieren. Sie diskutierten mit der Fraktion darüber, wie weit Deutschland auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft bisher gekommen ist und welche Weichen für die Zukunft gestellt werden müssen.



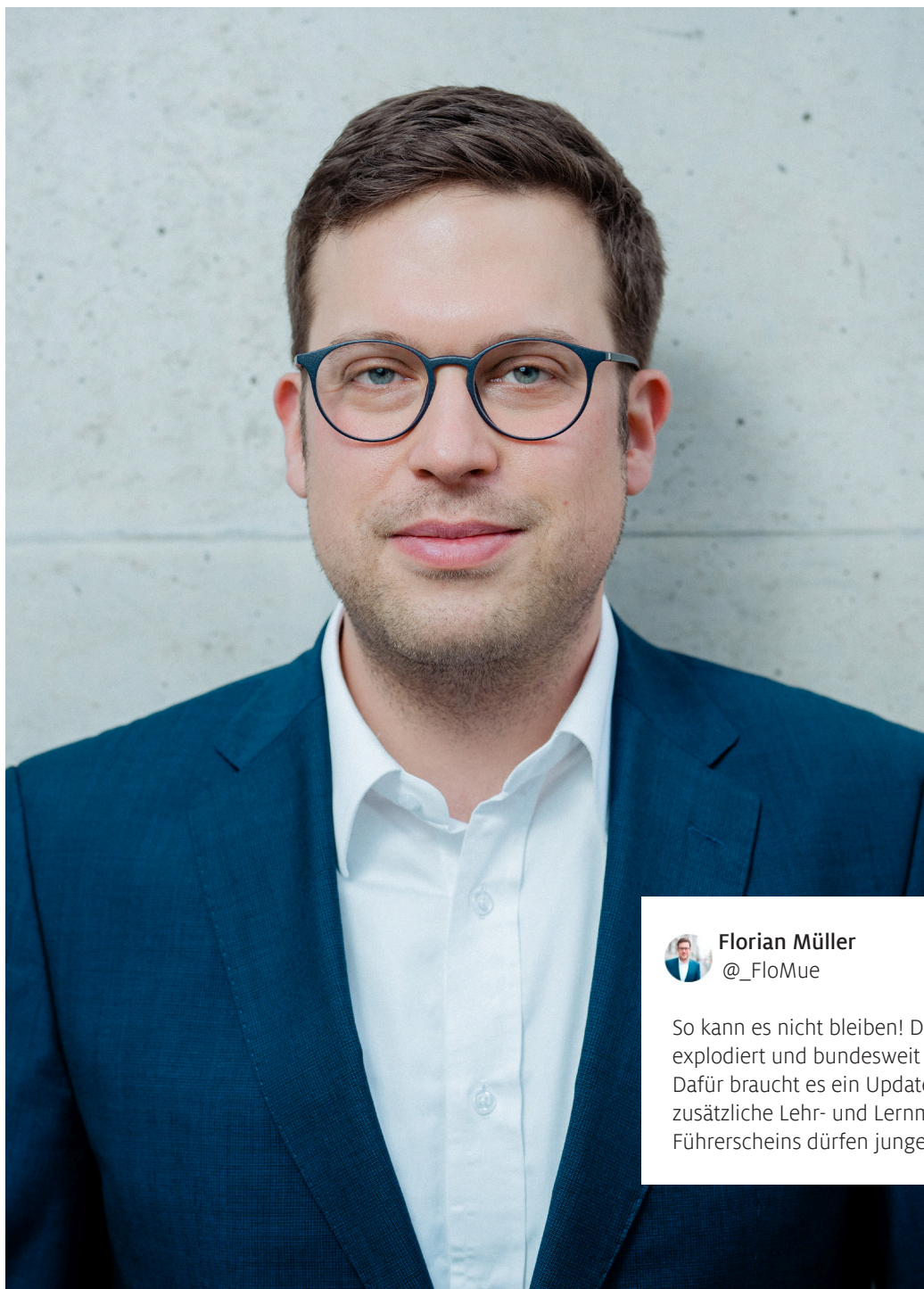
© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Fest an der Seite Israels

Zusammen mit den beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johann David Wadehul und Jens Spahn sowie der CDU-Abgeordneten Gitta Connemann, die stellvertretende Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe ist, besuchte Fraktionschef Friedrich Merz am 12. und 13. Februar 2024 Israel (v.r.n.l.). Die Delegation machte sich ein Bild über den Abwehrkampf des Landes gegen die Terrororganisation Hamas. Merz sprach sich auch für eine entmilitarisierte Zone im Norden Israels und dem Süden des Libanons aus.



© Tobias Koch



© Steffen Dötlicher



Florian Müller
@_FloMue



So kann es nicht bleiben! Die Führerscheinkosten sind explodiert und bundesweit fehlt es an Prüfungsterminen. Dafür braucht es ein Update der Fahrausbildung und zusätzliche Lehr- und Lernmöglichkeiten. Die Kosten des Führerscheins dürfen junge Menschen nicht ausbremsen.

Florian Müller
Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

Die Veranstaltungen der Fraktion:
www.cducusu.de/veranstaltungen

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducusu



www.instagram.com/cducusubt



[https://www.linkedin.com/company/
cducusu-im-deutschen-bundestag](https://www.linkedin.com/company/cducusu-im-deutschen-bundestag)



<https://www.tiktok.com/@cducusu>



<https://twitter.com/cducusubt>

»Fraktion direkt – Der Newsletter«

»Fraktion direkt – Der Newsletter« erscheint in elektronischer Form nach jeder Sitzungswoche freitagnachmittags. Den Newsletter können Sie abonnieren unter: www.cducusu.de/newsletter

Impressum

Herausgeber:
Thorsten Frei MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

v.i.S.d.P. Hero Warrings

Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
pressestelle@cducusu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag